

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 09. April

KOLUMNE

Vollkasko frisst die Freiheit

Nicht nur die machtpolitischen Gewichte verschieben sich in unserer Parteiendemokratie. Grün-Rot gewinnt Umfragen, aber auch Wahlen, wie der Machtwechsel im CDU-Stammland Baden-Württemberg dokumentiert. Die noch nicht ausgestandene Führungskrise der FDP, hinter der vor allem eine politisch-programmatische Identitätskrise des politischen Liberalismus steckt, nicht in erster Linie eine Personal-Rochade, beweist zunächst eines: In unserer marktwirtschaftlichen Ordnung hat der Einsatz für Freiheit – in einem umfassenden Sinn – keine parteipolitische Stütze mehr.

Selbst der Liberalismus ist in erster Linie „mitführend“, wenn es nach der jungen Garde der FDP geht.

Hier kommt nur verbal in anderem Gewand daher, was Grüne, Linke (Linkspartei wie SPD) und Union schon lange hinter der Flagge „soziale Gerechtigkeit“ versammeln. Ein „liberales Erweckungserlebnis“ der besonderen Art erlebte ich letztes Wochenende in der programmatischen Herzkammer der FDP, der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach, als in einer Debatte über Vermögensbeteiligung in Arbeitnehmerhand die Absicherung gegen das Insolvenzrisiko im Mittelpunkt der Diskussion stand. Bei einer Verdi-Veranstaltung hätten linke Gewerkschafter die Akzente nicht anders gesetzt.

Das Koordinatensystem unserer Gesellschaft verschiebt sich immer stärker weg von der Freiheit des Bürgers, der auf seinen eigenen Füßen stehen will und kann – nicht nur als homo oeconomicus, sondern auch als couragierter und selbstbewusster Citizen. Doch medialer wie parteipolitischer Mainstream sorgen für eine gesellschaftspolitische Nivellierung auf dem Niveau, das immer mehr Menschen am besten zu verstehen scheinen: Wer versorgt mich? Immer stärker greift eine Mentalität um sich, die Eigenverantwortung durch Staatsversorgung ersetzt. Die Politik okkupiert zunehmend auch die Lohnfindung, wie immer mehr branchenbezogene Mindestlöhne in Zeiten einer schwarz-gelben Bundesregierung belegen.

Geradezu niederschmetternd für den Verfall der „Kultur der Selbstständigkeit“ in unserem Land empfinde

ich, wenn sich Mittelständler bei Unternehmerveranstaltungen gegenseitig zuflüstern, dass ihre Töchter oder Söhne ja jetzt ihr Schäfchen im Trockenen hätten, weil sie gerade die Ernennungsurkunde zu Lebenszeitbeamten im Schuldienst erhalten hätten. Wenn sogar Unternehmer, Selbstständige also, das planbare Leben im Staatsdienst als anstrebenswerte Absicherung des eigenen Nachwuchses empfinden: Wie gering geschätzt wird dann die Notwendigkeit von privatwirtschaftlicher unternehmerischer Leistung in unserer Marktwirtschaft!

Warum wohl sind so viele aktive Selbstständige erbost über die immergleichen Rituale im politischen Unterhaltungs-TV? Betroffene klagen in Talkshows ihr

Leid, dass sie vom Staat nur unzureichend alimentiert werden. Und Politiker reden ihnen nach dem Mund, versprechen Abhilfe durch mehr Geld. Bezahlen sollen die starken Schultern, die Reichen. Erinnerung sich einige noch an die Linkspartei-Plakate im letzten Bundestags-

wahlkampf: „Reichtum für alle!“ Ja, so stellen sich anscheinend immer mehr politische Akteure (und Wähler) die schöne neue marktwirtschaftliche Welt vor. Holt doch das Geld bei denen, die es haben und verteilt es an diejenigen, die davon zu wenig haben.

Dass dieses Umverteilungsmuster, das schon viele Jahrzehnte praktiziert wird, immer mehr Leistungsträgern unserer Gesellschaft die Einsatzfreude abgewöhnt, wird ausgeblendet. Wir spendieren launig seit Jahrzehnten kreditfinanzierte Sozialleistungen, die wegen der Zinseszinsfolgen sündhaft teuer sind. Bezahlt werden sie überwiegend von den Leistungsträgern unserer Gesellschaft, die sich nicht nur aus solchen TV-Sendungen herauszappen, sondern keine politische Heimat im Parteiensystem mehr haben.

Damit wird die Freiheit, aufgrund eigener Leistung auf eigenen Füßen zu stehen, strukturell ausgehöhlt. Niemand lässt sich vom Fiskus fortwährend als Zahlmeister dafür beanspruchen, dass andere ohne eigene Anstrengung dauerhaft vom Staat alimentiert werden. Eine liberale Partei müsste angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung aufschreiben. Doch die FDP fühlt ja lieber mit der Mehrheit.

